



Ergebnisbericht der Partizipationsstudie

PRÄVENTION VON GEWALTBEREITEM EXTREMISMUS IN ÖSTERREICH

Ursachen- und Bedürfnisanalyse der österreichischen
Extremismusprävention



This document is funded by the European Union's "Internal Security Fund – Police". The document reflects only the author's views and the European Commission is not responsible for any use that may be made of the information contained therein.

SÜDWIND

Ergebnisbericht der Partizipationsstudie

PRÄVENTION VON GEWALTBEREITEM EXTREMISMUS IN ÖSTERREICH

Ursachen- und Bedürfnisanalyse der österreichischen Extremismusprävention

Die partizipative Studie wurde im Rahmen des EU-Projekts „Rhizome against Polarisation“ erstellt, welches in Österreich von der entwicklungspolitischen Organisation Südwind koordiniert und durchgeführt wird. Das Projekt hat zum Ziel, soziale Polarisierung und gewalttätige Radikalisierung in Europa durch einen menschenrechtsbasierten Ansatz zu verhindern, und den sozialen Zusammenhalt der Zivilgesellschaft zu stärken.

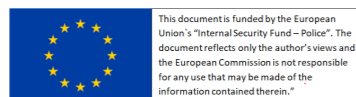
Das Projekt, inklusive der vorliegenden Studie, werden aus dem EU-internen Sicherheitsfond (Internal Security Fund – Police) 2014-2020 finanziert. Die Publikation reflektiert die aus den Interviews gewonnenen Einsichten der Autorin, und die Europäische Kommission kann für die enthaltenen Informationen und deren Nutzung nicht verantwortlich gemacht werden.

Autorin: Melinda Tamás, MA

Kontakt: office@melindatamas.com

Die Publikation wurde sorgfältig erstellt und kontrolliert. Dennoch erfolgen alle Inhalte ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Wien, September 2020



Inhalt

Kurzfassung	4
Einleitung	6
1. Methodisches Vorgehen	8
2. Analyse und Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse	10
2.1 Antiterrorismuspolitik in Österreich und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte	10
2.2 Schlüsselfaktoren, die zu gewaltbereitem Extremismus in Österreich führen können	14
2.3 Orte der Indoktrination in Österreich	17
2.4 Aktuelle Entwicklungen der extremistischen Szenen in Österreich	19
2.5 Genderaspekte in der Extremismusprävention und Deradikalisierung	24
2.6 Politische und gesellschaftliche Verantwortung zur Eindämmung von Extremismus in Österreich	26
3. Schlussfolgerungen	30
Literatur	32
Anhang I: Mapping	37
Anhang II: Leitfaden	52

Kurzfassung

Auf Grund der Zunahme von extremistischen Bewegungen, vor allem im Bereich des Rechtsextremismus und des religiös-begründeten Extremismus in den letzten Jahren, sieht sich die Europäische Politik mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Mit den Fragen nach den Ursachen dieser Entwicklungen und den Umständen, die gerade Jugendliche dazu bringen sich extremistischen Gruppierungen und Ideologien anzuschließen, und diese zum Teil auch in gewalttätige Handlungen umzusetzen, und welche Präventionsmaßnahmen auf nationaler Ebene sowohl in der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention getroffen werden müssen, beschäftigt sich die vorliegende Studie „Prävention von gewaltbereitem Extremismus Österreich.“

Zur Erhebung der oben genannten Fragestellungen wurden qualitative Interviews mit zehn ExpertInnen durchgeführt, die im Extremismuspräventionsbereich in Österreich tätig sind. Die Auseinandersetzung mit nationaler und internationaler Literatur und insbesondere mit empirischen Studien fließt in die Entwicklung des Interview-Leitfadens ein.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung decken mehrere Themengebiete ab: So waren sich beispielsweise viele der Befragten darüber einig, dass es nicht einen singulären Auslöser gibt, der Jugendliche dazu verleitet, sich gewalttätig-extremistischen Gruppierungen anzunähern. Vielmehr existiert nach Ansicht der Interviewten eine Bandbreite an Ursachen wie Gewalterfahrungen, prekäre familiäre Verhältnisse, fehlende Identifikationsfiguren, der Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die Suche nach der eigenen Identität, Erfahrungen von Diskriminierung und Marginalisierung, Erfahrungen von Rassismus u.v.m., die Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen begünstigen: ideologische Gruppierungen setzen genau an diesen Bedürfnissen an. Auch hinsichtlich des Ortes von Indoktrination waren die befragten AkteurInnen ähnlicher Meinung, nämlich dass es nicht den einen Ort gibt, sondern, dass es neben dem Internet viele weitere Möglichkeiten gibt, wo Rekrutierung stattfinden kann.

In Bezug auf Rechtsextremismus vermerken die Befragten einen Anstieg, auch wenn dies nicht der medialen Berichterstattung entsprechen mag, und in der Öffentlichkeit dadurch der Anschein entstehen könnte, es sei der religiös-begründete Extremismus, der um ein Vielfaches gestiegen ist. Der Genderaspekt wurde ebenso als essentiell in den Gesprächen diskutiert: das patriarchale Rollenverständnis und die vertretene These in extremistischen Bewegungen, wonach die männliche Dominanz naturgegeben ist, braucht, so die ExpertInnen, besondere Aufmerksamkeit

in der Präventionsarbeit und bietet zugleich Anknüpfungspunkte für relevante Aufklärungsarbeit an.

Für die Eindämmung von Extremismus in Österreich empfehlen die befragten ExpertInnen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der insbesondere die Förderung von Demokratie und Partizipation beinhaltet. Dies kann nur mit einer gesicherten Finanzierung und mitgetragen vom politischen Willen geschehen.

Wichtig sei es auch, dass wir uns im Kampf gegen Extremismus nicht ausschließlich auf die Demokratie als Institution verlassen, sondern dass wir alle individuell, nach unseren jeweiligen Möglichkeiten und Handlungsspielräumen Extremismus entgegentreten.

In der Tertiärprävention, in der die Deradikalisierung von betroffenen Personen im Vordergrund steht, sollte diese als ein längerer Lern- und Beratungsprozess betrachtet werden als bisher üblich. Deradikalisierung muss zusammen mit den jeweiligen ExpertInnen gestaltet werden, und die notwendigen Ressourcen dafür sind zur Verfügung zu stellen.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Studie, der Interviews und unter Berücksichtigung einschlägiger Literatur, wurde des Weiteren ein politischer Aktionsplan erstellt, der insgesamt 58 Vorschläge für politische Institutionen zur Prävention von gewaltbereitem Extremismus beinhaltet und welche einer SWOT Analyse unterzogen wurden. Ein Mapping jener Institutionen, die in den Interviews vertreten waren und der Veröffentlichung dieser ausdrücklich zugestimmt haben, inklusive Best Practice Beispiele runden den vorliegenden Bericht ab.

Einleitung

Polarisierung, gewaltbereite Radikalisierung und extremistische Ideologien haben in Europa in den letzten Jahren stark zugenommen. Das Thema ist politisch gegenwärtig und stellt sowohl die österreichische als auch die internationale Gesellschaft vor große Herausforderungen, da insbesondere Jugendliche (wenn auch nicht ausschließlich) eine wichtige Zielgruppe extremistischer Gruppierungen darstellen.

Das bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) weist daher darauf hin, dass eine intensive Auseinandersetzung mit extremistischen Gruppierungen und Individuen, sowie mit vulnerablen Gruppen wie z.B. Jugendlichen, aus diesem Grund unumgänglich sei (BNED 2018). An diesem Bedürfnis setzt das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt „Rhizome against Polarisation“ an, welches zum Ziel hat, soziale Polarisierung und gewalttätige Radikalisierung in Europa durch einen menschenrechtsbasierten Ansatz zu verhindern, und den sozialen Zusammenhalt der Zivilgesellschaft zu stärken.

Basierend auf einer umfassenden internationalen Literaturrecherche wurden die Leitfragen für die breit angelegte qualitative Studie entwickelt, in der ExpertInnen verschiedener Organisationen aus dem Bereich der Extremismusprävention zu Hauptursachen für das Auftreten von gewaltbereitem Extremismus in Österreich befragt wurden. Darauf aufbauend wurden in einem nächsten Schritt Maßnahmenempfehlungen für politische Institutionen entwickelt, welche den Prozessen, die zu gewaltbereitem Extremismus führen, präventiv entgegenwirken sollen.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie „Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich“ dienen entsprechend politischen Maßnahmen, die gewaltbereitem Extremismus vorbeugen.

Im vorliegenden Bericht wird zunächst im Kapitel 1 ein Überblick über das methodische Vorgehen gegeben, bevor die wichtigsten Ergebnisse der leitfadenorientierten Interviews mit relevanten Akteurinnen und Akteuren, die sich in Österreich mit Präventionsarbeit und Deradikalisierung befassen, im Kapitel 2 unter Berücksichtigung aktueller Literatur zusammengefasst werden. Beschrieben wird zunächst die Antiterrorismuspolitik in Österreich und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte (2.1) bevor auf die Schlüsselfaktoren, die zu gewaltbereitem

Extremismus in Österreich führen können (2.2) präsentiert werden. Orte der Indoktrination in Österreich (2.3), sowie aktuelle Entwicklungen der extremistischen Szene in Österreich und Genderaspekte in der Extremismusprävention und Deradikalisierung werden ebenso wie das Thema politischer und gesellschaftlicher Verantwortung zur Eindämmung von Extremismus in Österreich in diesem Kapitel behandelt.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen der Studie werden im Kapitel 3 zusammengefasst.

Die Kurzbeschreibung der von den Interviewten vertretenen Institutionen mit Best-Practice-Beispielen zur Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich, sowie der Leitfaden, welcher bei der Durchführung der qualitativen Interviews verwendet wurde, befinden sich im Anhang des Dokuments.

1. Methodisches Vorgehen

Als Befragungstechnik wurde das leitfadengestützte Interview (Atteslander, 2000) gewählt. Diese Form der Fragemethodik, bei der die persönliche Perspektive der Interviewten im Vordergrund steht, ermöglicht der Forscherin, zentrale Fragen im geeigneten Moment zu stellen und gegebenenfalls nachzufragen. Die offenen Fragen des Leitfadens gestatten den Befragten, die Antworten zur Gänze selbständig zu formulieren (Ebster, Stalzer 2013).

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte in zwei Schritten: zunächst wurden mittels Internetrecherche relevante Organisationen aus dem Bereich der Extremismus-Präventionsarbeit und Deradikalisierung bestimmt und mit der Bitte um ein Interview kontaktiert. Im Anschluss an die durchgeführten Interviews wurden die GesprächspartnerInnen um Empfehlungen für weitere interessante und relevante Personen und/oder Organisationen gefragt. So ergaben sich die zehn Interviews mit relevanten Personen aus dem Bereich der Extremismus-Prävention und Deradikalisierung.

Die Autorin weist darauf hin, dass es sich aufgrund der Vorgehensweise nicht um eine komplett zufällige Stichprobe von Personen handelt. Dieser Umstand ist auch darauf zurück zu führen, dass die Szene rund um Präventionsarbeit und Deradikalisierung in Österreich überschaubar ist.

Um gewünschte Anonymisierung wahren zu können, werden nur jene Organisationen in diesem Bericht im Mapping (siehe Anhang) namentlich genannt, die dem ausdrücklich zugestimmt haben.

Die Befragten waren im Alter zwischen 35 und 55 Jahren mit unterschiedlich langer Berufserfahrung.

Die Interviews, die zwischen Mai und August 2020 durchgeführt wurden, haben teilweise online (über Skype) oder persönlich je nach Vereinbarung in den Räumlichkeiten der jeweiligen Organisation bzw. im Büro der Forscherin stattgefunden.

Die einzelnen Gespräche haben zwischen 60 und 120 Minuten gedauert, durchschnittlich waren es ca. 90 Minuten pro Interview. Vor Beginn des Interviews

wurden den ExpertInnen sowohl die Ziele der Befragung dargelegt, als auch der Inhalt der Einverständniserklärung erörtert, welche datenschutzrelevante Aspekte beinhaltet: die Zustimmung zur Tonbandaufnahme, die Information über die Transkription des Gesprächs, die Anonymisierung, sowie die Auskunft, dass keine personenbezogenen Informationen und/oder Materialien an Dritte weitergegeben werden. Des Weiteren wurden die Befragten darüber informiert, dass ein Bericht über die wichtigsten Ergebnisse veröffentlicht wird.

Der Interviewleitfaden, der auf den Ergebnissen einer umfangreichen internationalen Recherche von themenrelevanter Literatur und Studien zu Extremismus erfolgte, umfasst folgende Themenbereiche:

- Schlüsselemente, welche Jugendliche zum Anschluss an extremistische Gruppierungen und Übernahme von deren Ideologien verleiten können
- Relevante nationale Vorfälle extremistischer Bewegungen der letzten Jahre
- Veränderung von extremistischen Szenen in Österreich
- Orte, an denen Jugendliche am häufigsten Opfer von Indoktrinationen werden
- Möglichkeiten Jugendliche stärker in demokratische Gestaltungsprozesse einzubinden und die Zivilgesellschaft zu stärken, damit gewaltbereitem Extremismus vorgebeugt bzw. dieser verhindert werden kann
- Möglichkeiten, deradikalisierten Jugendlichen den Wiedereinstieg in ein vorurteilsfreies Leben zu ermöglichen
- Gesetze zur nationalen Terrorismusbekämpfung aus der Menschenrechtsperspektive.

Die inhaltliche Analyse der Interviews erfolgte in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse von Mayring (2010).

2. Analyse und Zusammenfassung der wichtigsten Studienergebnisse

2.1 Antiterrorismuspolitik in Österreich und ihre Auswirkungen auf die Menschenrechte

Terrorismus, als planmäßig vorbereitete, erschreckende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund, hat zum Ziel Unsicherheit und Schrecken zu verbreiten, aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft zu generieren (Waldmann 2005). Er kann als eine Konfliktaustragung asymmetrischer Beziehungen verstanden werden, die Ungleichheit in Bezug auf Ressourcen, Legitimation, Methoden und mediale Ausrichtung beinhaltet. Hier stehen kleine, politisch motivierte Gruppierungen dem Staat gegenüber. Auch wenn die Ausgangslage und die Chancengleichheit ungünstig sind, gelingt es terroristischen Gruppen oft auch große Staaten in Atem zu halten, da für schwächere Seiten auch Vorteile durch Machtasymmetrien entstehen können. Terroristische Organisationen zeichnen sich durch ihre Mobilität und Unabhängigkeit zu Landesgesetzen oder Staatsgrenzen aus. Sie wechseln ihre Strukturen und Zusammensetzungen oftmals schneller als sich Sicherheitsmaßnahmen darauf einstellen können (Kolnberger 2012).

Die befragten Expertinnen und Experten unterstreichen, ähnlich wie in der Literatur (beispielsweise Kolnberger 2012, Gartenstein-Ross 2011, Marchi 2013), die Fähigkeit von terroristischen Organisationen zu hohem Anpassungsvermögen an Gegebenheiten, wie beispielsweise bei ihren Rekrutierungsmaßnahmen erkennbar ist: um möglichst breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen, sind gemäß einzelner Befragter radikale Gruppierungen bemüht, modern und zeitgemäß aufzutreten. Wasserziehr (2014) spricht in diesem Zusammenhang auch von „Nipster“, ein Neo-Nazi, der sich optisch wie ein Hipster¹ kleidet und in den sozialen Medien aktiv ist um Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

¹Als Hipster werden gut ausgebildete junge Menschen der oberen Mittelschicht genannt, die im Zeitalter mobiler Kommunikation aufgewachsen sind, und deren Kleidungsstil an den Vintage-Look mit dem ursprünglichen Ziel einer Abgrenzung zum Mainstream erinnert.

Islamistisch-extremistische Organisationen passen ihre Narrative und ihre Erscheinungsbilder ebenfalls rasch den jeweiligen Gegebenheiten an. Nach dem Gebietsverlust des sogenannten Islamischen Staates, welcher vor ein paar Jahren noch dazu aufrief, nach Syrien und in den Irak zu reisen und sich dort dem globalen Dschihad anzuschließen, bedienen sich islamistisch terroristische Organisationen nun neuer Narrative und propagieren, dass „der Krieg noch nicht vorbei ist“ (Munoz, 2019), und es auch nicht unbedingt des physischen Kalifats bedarf, um die vorgegebenen Ziele im Kampf gegen den Westen zu erreichen. Gleichzeitig werden jedoch Ableger des IS im Jemen, Afghanistan, Pakistan, den Philippinen und in Westafrika als erfolgreiche Kampfplätze propagiert, und Menschen ermutigt, dorthin zu reisen und dort zu kämpfen. (RAN, 2019:1) Die scheinbare Widersprüchlichkeit dieser Propaganda lässt erkennen, wie unterschiedliche Rekrutierungstechniken eingesetzt werden, um möglichst viele und unterschiedliche Personen zu erreichen. (RAN, 2019:2)

Die befragten ExpertInnen betonten ebenfalls die Rolle des Internets, wonach Radikalisierung und internationale Vernetzungen der rechtsextremen Szenen jahrelang online unbeobachtet gedeihen und Eingang in den Alltag finden konnten. Ähnlich wird das auch beispielweise bei Schwarz (2020) beschrieben, wonach sich Rechtsradikale nicht mehr vorrangig bei Konzerten oder Demonstrationen treffen würden, sondern sich mit Hilfe des Internets und einer durchdachten, modernen Marketingstrategie weltweit vernetzen und präsentieren können. 2014 wurde in Österreich das Symbole-Gesetz eingeführt, eine Erweiterung des Abzeichengesetzes aus dem Jahr 1960, welches nationalsozialistische Symbole verbietet, während die Ausweitung des Symbole-Gesetzes die Verwendung von Symbolen anderer extremistischer Bewegungen, wie beispielsweise Faschistengrüße und Ustascha-Symbole, Symbole der islamistischen Muslimbrüderschaft, Symbole der rechtsextremen Grauen Wölfe, u.v.m. unter Strafe stellt.

Einige der ExpertInnen betonten die Wichtigkeit des Symbole-Verbots, wonach Symbolverluste durch Illegalisierung und Kriminalisierung für die extremistische Szene schwere Verluste bedeuten würden.

Das alleinige Verbot von Symbolen extremistischer Organisationen sei jedoch nicht zielführend, als weitaus wichtigere Gegenstrategie wurden Thematisierung und Informationsvermittlung über gewaltbereite-extremistische Gruppierungen genannt.

Manche der Befragten waren der Meinung, ein Verbot verfassungsfeindlicher Symbole alleine sei nicht ausreichend um Extremismus zu beenden, jedoch ein wesentlicher und notwendiger erster Schritt in Richtung Sensibilisierung, welchem eine breitere Thematisierung und Wissensvermittlung zu Motiven und Wirkungsgraden extremistischer Gruppierungen folgen sollte, damit Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, diese kritisch zu hinterfragen.

Einige der Interviewten betonten, dass es bei Verboten unabdingbar sei, diese auch thematisch zu begleiten, eine reine „Verbotspolitik“ würde zwar zur Minderung von bestimmten Symbolen in der Öffentlichkeit führen, würde aber ohne begleitende Maßnahmen einer reinen Symptombehandlung gleichen.

In Österreich ist für die Bekämpfung extremistischer und terroristischer Phänomene, der Spionage, des internationalen Waffenhandels, sowie der organisierten Kriminalität das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zuständig. Darüber hinaus fungieren die neun Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) als polizeiliche Staatsschutzbehörden. Das BVT ist organisationsrechtlich in die Sektion II, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, des Bundesministeriums für Inneres (BMI) eingegliedert. Die LVT ist durch ihre Zugehörigkeit zu den jeweiligen Landespolizeidirektionen (LPD) auch Teil einer Sicherheitsbehörde.

Als gesetzliche Grundlage dient das Terrorismusgesetz §278c des Strafgesetzbuches (StGB).

Unter der österreichischen Regierung ÖVP und FPÖ wurde 2018 der Wunsch nach einer Verschärfung des Antiterrorgesetzes laut.

Laut Aussage der Befragten ist bei einer Verschärfung von Gesetzen besonders auf den Schutz der Menschenrechte zu achten, und die Sicherheitspolitik transparent zu gestalten. Terrorismusbekämpfung muss stets mit der Einhaltung der Menschenrechte einhergehen und darf nicht Gefahr laufen, schwere Menschenrechtsverletzungen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung zu begehen oder zu legitimieren.

Die aktuelle EU Richtlinie 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März zu Terrorismusbekämpfung wurde 2018 auf nationaler Ebene

durch die Erweiterungen folgender Punkte im Strafgesetzbuch (StGB) umgesetzt (Strafrechtsänderungsgesetz 2018):

- Erweiterung der inländischen Gerichtsbarkeit im Zusammenhang mit Terrorismus
- Erweiterung des Kataloges der terroristischen Straftaten
- Erweiterung des Katalogs finanzierungstauglicher Straftaten
- Einführung eines neuen Straftatbestandes „Reisen für terroristische Zwecke“
- Erweiterung des Personenkreises, welcher einen Anspruch auf Prozessbegleitung hat, im Hinblick auf Opfer terroristischer Straftaten
- Schaffung eines Straftatbestands, mit welchem die Behinderung der Hilfeleistung kriminalisiert wird

In einzelnen Gesprächen mit den ExpertInnen wurde insbesondere der Punkt zu „Reisen für terroristische Zwecke“ in Bezug auf die Menschenrechte kritisiert, weil das bedeuten würde, jede einzelne Person, die sich auf einer Reise befindet, nach ihren Reisezielen zu befragen. Unklar ist, nach welchen konkreten Kriterien vorgegangen wird und wie Bestrafung bereits vor dem Begehen der eigentlichen Straftat (terroristischer Akt) stattfinden soll.

In Bezug auf die Menschenrechte wird von einigen befragten AkteurInnen die Vorgangsweise bei der Vorratsdatenspeicherung kritisch betrachtet, da diese willkürlich bei Verdacht auf Terror passieren kann und keine strukturiertere Vorgehensweise erkennen lässt.

2.2 Schlüsselfaktoren, die zu gewaltbereitem Extremismus in Österreich führen können

In den Interviews erzählten die befragten Personen über ihre Erfahrungen in der Extremismusprävention und Deradikalisierung, die sie in ihren Beratungs-, Begleitungs- und Dokumentationsstellen täglich machen. Darüber hinaus wurden sie explizit zu ihrer Einschätzung in Bezug auf mögliche Schlüsselemente für Radikalisierungsprozesse und nach Empfehlungen für die Präventionsarbeit von gewaltbereitem Extremismus gefragt. Die wichtigsten Ergebnisse der Interviews werden im folgenden Kapitel zusammengefasst und mit relevanter Literatur ergänzt.

Die meisten der Befragten sind der Meinung, dass es in Bezug auf Schlüsselemente nicht nur eine einzige Ursache gibt, warum sich Jugendliche extremistischen Bewegungen anschließen, sondern dass die verschiedensten Einflussfaktoren dies fördern können.

In den wenigsten Fällen ist es anfangs die politische Gesinnung, wenn auch bei manchen Jugendlichen ein politisches Interesse vorhanden ist, viel öfter, so auch Erin Marie Slatman (2017), ist es die Suche nach einem Gemeinschaftsgefühl. Auch, wenn Jugendliche nicht die einzige Zielgruppe extremistischer Gruppierungen sind, so waren sich viele der Expertinnen und Experten einig, dass Radikalisierungsprozesse und extremistische Ideologien aufgrund der mit der Adoleszenz einhergehenden Verunsicherung und Identitätssuche in Jugendjahren besser greifen.

Viele der befragten ExpertInnen gehen davon aus, dass jede Radikalisierungsgeschichte eine individuelle ist, die sich nicht so leicht verallgemeinern lässt. Trotzdem sind Gefühle des Ausgeschlossenseins, ein Mangel an Chancen und fehlende Perspektiven, Marginalisierungs-, Rassismus- und/oder Diskriminierungserfahrungen, der Wunsch nach Zugehörigkeit ebenso wie die Suche nach der eigenen Identität gemäß den Meinungen der Befragten mögliche Gründe, welche für Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen begünstigend sein können. Ähnlich wird es von Roy (2004) oder Khosrokhavar (2005) beschrieben, wonach soziale Unterdrückung, fehlende Verankerung, Diskriminierung, soziökonomische Ungerechtigkeiten und Entfremdung mögliche Einflussfaktoren für Radikalisierungsprozesse sind.

Einige der befragten InterviewpartnerInnen nannten (frühkindliche) Gewalterfahrungen in der Familie oder im sozialen Umfeld, als bedeutende Ursachen, warum sich Jugendliche extremistischen Gruppierungen anschließen.

„Wenn ein Kind nie geschlagen wird, liebevoll und anerkennend erzogen wird, wird es sich nicht fanatisieren.“ (IP7)

Dies bekräftigen auch empirische Untersuchungen, wonach Ursachen für extremistische Gewaltbereitschaft oft der Lerntheorie folgen. (Stöss, 2010)

Wie auch Hößl (2019) oder Fahim (2013) beschreiben, können insbesondere islamistische oder neo-salafistische Gruppen sehr attraktiv für muslimische Jugendliche erscheinen, wenn diese Erfahrungen von Ausgeschlossensein, der sozialen Isolierung, Entfremdung, Demütigung sowie anhaltender Marginalisierung aufgrund von Diskriminierung gemacht haben, da sie das Gefühl von (exklusiver) Gemeinschaft, Zugehörigkeit, Anerkennung und Handlungen zur Reduktion von Unsicherheiten und Problemen vermitteln. Gleichzeitig argumentieren islamistische oder neo-salafistische Gruppen, dass Muslime eine in ihrer Existenz bedrohte Gemeinschaft sind, die sich lediglich durch das Abgrenzen von anderen und dem Zusammenschluss schützen kann.

Ebenso können der Wunsch, sich von der Familie oder auch der Gesellschaft aktiv abzuwenden (im Sinne einer Protestkultur) oder auch politisches Interesse und/oder der fehlende oder eingeschränkte Zugang zur politischen Bildung, Faktoren sein, die Jugendliche dazu bringen, sich zu radikalieren.

Entsprechend einschlägiger Literatur (beispielsweise PISOIU 2015, Walther 2014, Korteweg et al. 2010) geben die ExpertInnen weiters an, dass familiäre Verhältnisse wie das Fehlen einer wichtigen Bezugsperson in der Kernfamilie, prekäre ökonomische Verhältnisse oder auch die Nichtbefriedigung emotionaler Bedürfnisse eine Rolle spielen können. Gleichzeitig vertraten auch einige der befragten ExpertInnen die Ansicht, dass familiäre Ausgrenzung als alleinige Ursache nicht ausreicht, um rechtsextreme Gewalt zu erklären. Ähnlich wird das auch bei Peham (2019:2) beschrieben.

Neben den bereits genannten begünstigenden Faktoren, können auch Wünsche, die Welt zu verändern, diese gerechter zu machen, ein einschlägiges Erlebnis (kognitive Öffnung), die Suche nach der eigenen Identität oder nach einem Sinn Jugendliche in Richtung Extremismus lenken. Entsprechend vertreten einzelne der befragten ExpertInnen die Ansicht, dass Radikalisierungsprozesse bereits im Alter von 12 und 13 Jahren beginnen können, in einer Zeit, in welcher der aktive Veränderungswunsch besonders stark wird, und nicht, wie man annehmen könnte, zu einem späteren Zeitpunkt. Ähnlich sehen das Böckler & Zick (2015), die der

Meinung sind, dass Menschen während der Jugend besonders empfänglich sind für Radikalisierungsprozesse. Einzelne der befragten AkteurInnen vertreten die Ansicht, dass Radikalisierung auch später beginnen kann, nämlich im Zuge einer kognitiven Öffnung durch ein einschlägiges Erlebnis wie einen Schicksalsschlag.

Mehrere Befragte gaben an, dass ideologische Gruppierungen an Bedürfnissen von Jugendlichen ansetzen. Viele von diesen sind auf der Suche nach einer Gruppe von Menschen, zu der sie sich zugehörig fühlen können, die ihnen Orientierung und Halt gibt. Manche wollen sich von der Gesellschaft, ihrer eigenen Familie und deren Religionsverständnis abgrenzen, und in ihrer Abgrenzung gesehen werden: eine Interviewpartnerin beschreibt das Gefühl, das dahinter steckt in Anlehnung an Jacob Holdt folgendermaßen „Ich will geliebt werden. Wenn ich nicht geliebt werde, will ich gesehen werden. Wenn ich nicht gesehen werde, will ich respektiert werden. Und wenn ich all das nicht werde, will ich zumindest gefürchtet werden.“ (IP2)

Durch die Rekrutierungsversuche von rechtsextremistischen oder neo-salafistischen Gruppen fühlen sich Jugendliche oft gesehen, wertgeschätzt und von einer Gruppe angenommen. All dies sowie das Gefühl Teil einer Gruppe zu sein kann wiederum zu Kritiklosigkeit und dem nicht hinterfragten Annehmen von Ideologien verleiten. Begünstigt, so die Befragten, wird der Prozess der Indoktrination durch Indikatoren wie die eigene Sozialisation, das heißt Familienverhältnisse und/oder -interessen oder auch der Freundeskreis haben Einfluss darauf, ob sich ein eine Jugendliche oder ein Jugendlicher von Radikalisierungsabsichten angesprochen fühlt.

Salafismus², so die Expertinnen und Experten, sei ebenso wie Rechtsextremismus häufig eine Form der Protestkultur, die in Symbolen, Lebensstil und Kleidung sichtbar werde. Hinzu komme, ähnlich wie bei rechtsextremen Gruppierungen, der Spaßfaktor, einfache Botschaften und nach Melzer & Serafin (2013) Schuldzuweisungen, die für sinnsuchende Jugendliche leicht verständlich sind.

„Othering“, der Prozess, bei dem Menschen oft gewaltvoll oder machtgeleitet zu Fremden oder Anderen gemacht werden (vgl. Mecheril et al. 2010; Fereidooni 2016), wird auch in einem Interview als ein Beweggrund für Radikalisierung bei Jugendlichen genannt.

Das hegemoniale Männlichkeitsbild wurde in vielen Interviews angesprochen, da ein Reiz der extremistischen Gruppierungen für männliche Personen darin liegen mag, dass diese die dominante soziale Position von Männern positiv vermitteln, wodurch

der Frau eine untergeordnete Rolle zugeschrieben wird, die sie auch im Außen vertritt. Diese Zuschreibung kann im Weiteren dazu führen, dass viele Menschen junge Frauen mit einem Kopftuch als unterdrückte Personen wahrnehmen. Auf der anderen Seite werden jedoch Frauen mit Kopftuch auch im Zusammenhang mit Terrorismus gebracht, wodurch sie als gefährlich für ihre Umgebung eingestuft werden. Beide Formen der Betrachtung der „kopftuchtragenden Frau“ ziehen Formen der Diskriminierung nach sich, die auch Hößl (2019) in seinem Buch beschreibt: das Kopftuchtragen an sich bedarf dem Anschein nach einer Erklärung, wodurch die betroffenen Frauen oft auf dieses reduziert werden. Diese Aussage betonten auch die befragten ExpertInnen.

2.3 Orte der Indoktrination in Österreich

Auf die Frage, wo Jugendliche am häufigsten Opfer von Indoktrinationsversuchen werden, waren die Mehrheit der Interviewten, ähnlich wie Hans-Gerd Jaschke (2018) der Meinung, dass es nicht einen einzigen Ort gäbe, an dem Jugendliche zur Radikalisierung „aufgefordert“ werden, sondern dass es viele Möglichkeiten gibt: je nachdem, wo Jugendliche ihre Freizeit verbringen wie zum Beispiel bei Veranstaltungen, im Jugend- oder Sportclub, im Internet, im Musikverein ländlicher Gebiete, im Park, in der Moschee, o.a., bieten sich Chancen der Rekrutierung.

In der rechtsradikalen Szene findet die Rekrutierung von Jugendlichen beispielsweise auch bei Konzerten (Stöss 2010), über die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ oder auch über Internetportale und rechtsextremen Blogs wie beispielsweise Politically Incorrect (Melzer, Serafin 2013) statt.

Die Rekrutierungstechniken zahlreicher rechtsradikaler Gruppierungen haben sich dabei verändert: so werden von diesen moderne Online-Marketingstrategien zum Anwerben von Personen eingesetzt. Oftmals wird inhaltlich bei der Verbreitung von extremistischer Propaganda auf das Recht der Meinungsfreiheit gepocht und die eigene rechte Ideologie zum Konservatismus verklärt.

Rechtsextremisten suchen im Netz nach potentiellen AnhängerInnen, die sie für ihre Haltung begeistern können. Sie durchsuchen dafür auch Facebook-Profile,

² Der Salafismus vertritt eine wörtliche Auslegung des Korans und der Sunna (Lehren, Pflichten und Verhaltensregeln) und wird von den SalafistInnen als die einzig wahre Definition des Islam interpretiert. Beziehungen zwischen MuslimInnen und Nicht-MuslimInnen werden klar geregelt. SalafistInnen erkennen die absolute Autorität Gottes an und lehnen daher die menschengemachte, parlamentarische Demokratie ab (Kelvington 2019).

2.4 Aktuelle Entwicklungen der extremistischen Szenen in Österreich

um Personen auszumachen, die gegenüber rechtsextremem Gedankengut aufgeschlossen sein könnten. Eigene Strategien zielen auf die Anwerbung von Frauen ab (Dienstbühl & Weber 2014).

Findet der Erstkontakt online im Internet statt, so gehen die ExpertInnen davon aus, dass es früher oder später zu einem realen Treffen mit erwachsenen radikalen Personen kommen muss, damit Jugendliche sich komplett radikalieren. Online- und Offline Beziehungen bedingen sich gegenseitig, aus Online-Begegnungen werden oftmals analoge Begegnungen, umgekehrt werden soziale Beziehungen und besonders die Vernetzung online ausgeweitet. Das sehen auch beispielsweise Junk (2018) und Sold (2018) so, wonach sich ohne persönliche Kontakte in die reale Welt noch niemand radikalisiert hätte.

Eine vom Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus beauftragten Studie aus dem Jahr 2016 hat ergeben, dass von 311 ausgereisten Personen in 54% der Fälle FreundInnen für den Radikalisierungsprozess ausschlaggebend waren. 48% nannten einschlägige, vom Salafismus beeinflusste Moscheen und 44% das Internet als Gründe für die eigene Radikalisierung. Eine ähnliche Einschätzung erfolgte durch die befragten ExpertInnen.

Kamingespräche mit zwei Aussteigern, der eine ein ehemaliger Jihadist, der andere ein ostdeutscher Rechtsextremer, der auch im Kader war, haben Parallelen in ihren Geschichten aufgezeigt: beide fühlten sich zu Hause zu wenig wahrgenommen und vermissten eine Vaterfigur. Zwischen 12 und 13 Jahren fingen beide an ihren Platz in der Gesellschaft zu suchen und wurden radikalisiert: der eine im Sportclub, der andere in einer Moschee. Das zeigt auf, dass Indoktrinationsversuche und Radikalisierungsprozesse an vielen Orten beginnen können. So wie dieses Beispiel darlegt, waren sich wie auch Jaschke (2018) die Befragten einig, dass sich ähnliche emotionale und soziale „Voraussetzungen“ bei Jugendlichen finden lassen, die sich extremistischen Bewegungen anschließen. Neben Faktoren wie familiären oder anderen Vorbildern hat der Ort der Indoktrination einen Einfluss, in welche Richtung die Radikalisierung gehen kann.

Dieses Fallbeispiel zeigt die Notwendigkeit der frühen Ursachenbekämpfung und Präventionsarbeit bereits in jungen Jahren, noch bevor sich Ideologien, Menschenfeindlichkeit und Stereotype verfestigen können auf, deren Wichtigkeit von den meisten befragten ExpertInnen auch betont wurde.

Die aktuelle Situation (2018) extremistischer Szenen wurde am 14. August 2019 durch die Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2018 im Innenministerium in Wien dargelegt. 2018 wurden deutlich weniger linksextremistisch motivierte Straftaten gemeldet als 2017. In Bezug auf rechtsextremistisch motivierten Straftaten wurde ein Anstieg vermerkt.

Der Verfassungsbericht 2018 zeigt auf, dass die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten 2018 deutlich zurückging: 137 Tathandlungen wurden verzeichnet, das sind 35,1% weniger als 2017. Im Vergleich dazu gab es 2018 mit 1.075 etwas mehr (1,1%) rechtsextremistisch motivierte Straftaten als 2017.

Die rechtsextremen Straftaten sind im Jahr 2019 neuerlich gestiegen, wie aus der Anfragebeantwortung des österreichischen Innenministers, Karl Nehammer (ÖVP) hervorgeht.³ Demnach wurden im Jahr 797 „Tathandlungen mit rechtsextremen Hintergrund“ in Österreich registriert.

Unverändert im Vergleich zum Vorjahr blieb die Zahl der Dschihad-Reisenden aus Österreich und die Zahl der RückkehrerInnen war geringer als angenommen. Generell wird der islamistische Terrorismus im Bericht als die größte Bedrohung für die Sicherheit Österreichs beschrieben. Insbesondere RückkehrerInnen mit militärischer Ausbildung und Kampferfahrung werden in Bezug auf Gewaltanwendung als schwer einschätzbar beschrieben. Im Verfassungsschutzbericht 2018 wird beschrieben, dass mit Jahresende 2018 320 Personen aus Österreich bekannt waren, die in die Kriegsgebiete Syrien und Irak gereist sind oder dorthin reisen wollten, um zu kämpfen. Von diesen Personen konnten 62 an der Ausreise gehindert werden, 93 sind wieder nach Österreich zurückgekehrt und 58 wurden höchstwahrscheinlich getötet. Ende 2018 befanden sich noch 107 sogenannte „Foreign Terrorist Fighters“ aus Österreich im Krisengebiet.

Die befragten ExpertInnen wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Deradikalisierungs- bzw. Ausstiegsarbeit ein längerer Prozess sei, welcher auf Freiwilligkeit beruhe, und dem Willen der gewalttätig-radikalisierten Person, sich von dem bisherigen sozialen und politischen Umfeld zur Gänze zu trennen, bedarf.

Deradikalisierung kann des Weiteren nur über Beziehungsarbeit gelingen bzw. erst erfolgreich sein, wenn die Ausstiegsarbeit von einer intakten Beziehung getragen wird. Erst danach könne die inhaltliche, ideologische Auseinandersetzung erfolgen.

³ Anfragebeantwortung 30. März 2020 https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_00737/imfname_789506.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.08.2020)

Die aktuelle Situation (2018) extremistischer Szenen wurde am 14. August 2019 durch die Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2018 im Innenministerium in Wien dargelegt. 2018 wurden deutlich weniger linksextremistisch motivierte Straftaten gemeldet als 2017. In Bezug auf rechtsextremistisch motivierten Straftaten wurde ein Anstieg vermerkt.

Der Verfassungsbericht 2018 zeigt auf, dass die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten 2018 deutlich zurückging: 137 Tathandlungen wurden verzeichnet, das sind 35,1% weniger als 2017. Im Vergleich dazu gab es 2018 mit 1.075 etwas mehr (1,1%) rechtsextremistisch motivierte Straftaten als 2017.

Die rechtsextremen Straftaten sind im Jahr 2019 neuerlich gestiegen, wie aus der Anfragebeantwortung des österreichischen Innenministers, Karl Nehammer (ÖVP) hervorgeht. Demnach wurden im Jahr 797 „Tathandlungen mit rechtsextremen Hintergrund“ in Österreich registriert.

Unverändert im Vergleich zum Vorjahr blieb die Zahl der Dschihad-Reisenden aus Österreich und die Zahl der RückkehrerInnen war geringer als angenommen. Generell wird der islamistische Terrorismus im Bericht als die größte Bedrohung für die Sicherheit Österreichs beschrieben. Insbesondere RückkehrerInnen mit militärischer Ausbildung und Kampferfahrung werden in Bezug auf Gewaltanwendung als schwer einschätzbar beschrieben. Im Verfassungsschutzbericht 2018 wird beschrieben, dass mit Jahresende 2018 320 Personen aus Österreich bekannt waren, die in die Kriegsgebiete Syrien und Irak gereist sind oder dorthin reisen wollten, um zu kämpfen. Von diesen Personen konnten 62 an der Ausreise gehindert werden, 93 sind wieder nach Österreich zurückgekehrt und 58 wurden höchstwahrscheinlich getötet. Ende 2018 befanden sich noch 107 sogenannte „Foreign Terrorist Fighters“ aus Österreich im Krisengebiet.

Die befragten ExpertInnen wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Deradikalisierungs- bzw. Ausstiegsarbeit ein längerer Prozess sei, welcher auf Freiwilligkeit beruhe, und dem Willen der gewalttätig-radikalisierten Person, sich von dem bisherigen sozialen und politischen Umfeld zur Gänze zu trennen, bedarf.

Deradikalisierung kann des Weiteren nur über Beziehungsarbeit gelingen bzw. erst erfolgreich sein, wenn die Ausstiegsarbeit von einer intakten Beziehung getragen wird. Erst danach könne die inhaltliche, ideologische Auseinandersetzung erfolgen.

Das Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung (BNED) stellte am 23. Oktober 2018 beim jährlichen Präventionsgipfel im Innenministerium die „Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung“ vor. In Bezug auf die aktuelle Situation von extremistischen Bewegungen der letzten Jahre haben die GesprächspartnerInnen in den Interviews berichtet, dass diese sich etwas verändert hat: der Islamismus, in der jihadistischen oder neo-salafistischen Ausprägung ist in seiner Verbreitung in der Form, wie vor ein paar Jahren etwas zurückgegangen, jedoch nicht verschwunden.

Auch in der öffentlichen Wahrnehmung hat sich die islamistische Szene verändert. Zentrale Figuren sind durch staatliche Aktionen entweder im Gefängnis gelandet, zurück nach Syrien gegangen und dort ums Leben gekommen oder auf andere Weise verschwunden. Auch sind involvierte Personen vorsichtiger geworden, tragen Symbole (wie beispielsweise das IS Logo) kaum mehr öffentlich, auch, weil die meisten dieser Symbole mittlerweile verboten sind.

In den Gesprächen wird betont, dass die Anziehungskraft auf Jugendliche auch deswegen teilweise verlorengegangen ist, weil der sogenannte Islamische Staat sein Territorium verloren hat und in der Zwischenzeit nichts Ähnliches mehr aufbauen konnte.

Darüber hinaus, so die ExpertInnen, verblasste für viele Jugendliche auch das anfangs so attraktive Phänomen durch seine Konfrontation mit der Realität. Hinzu kommt auch das sukzessive Bekanntwerden von Grausamkeiten mit ihrer abstoßenden Wirkung auf den Großteil der jungen Menschen. Die Anzahl der einschlägigen Moscheen hat sich im Vergleich zu den Jahren 2013, 2014 oder 2015 reduziert, wodurch Radikalisierung nicht mehr so sichtbar ist, aber in den Gesprächen wird betont: „es gibt die Szene nach wie vor, die sehen wir aber auf der Straße nicht mehr so offensichtlich, sie ist aber noch immer vertreten“ (IP3). So wird beispielsweise ein großer Zulauf zu den Gruppierungen „Generation Islam“ und „Realität Islam“, die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit auf Social Media Kanälen betreiben und eine breite Zielgruppe ansprechen, beobachtet. Ebenfalls beobachten die Befragten eine Zunahme bei den Ablegern der in Deutschland verbotenen islamistisch-extremistischen Organisation Hizb-ut-Tahrir. So wird in den Interviews berichtet, dass beispielsweise in Deutschland Demonstrationen mit einigen Tausend VertreterInnen dieser Gruppierungen beobachtet wurden und somit die Online-Öffentlichkeitsarbeit sich auch auf die Straße verschiebt.

Der Rechtsextremismus hat in der Beobachtung der Befragten zugenommen, bekommt aber, so die ExpertInnen, medial weniger Aufmerksamkeit als beispielsweise der Salafismus oder der Jihadismus. Erklärt wird dies in den Gesprächen durch die Geschichte des Rechtsradikalismus, die uns schon sehr lange begleitet, wodurch die Auffälligkeit dieser Radikalisierung nicht mehr in demselben Ausmaß wahrgenommen und medial thematisiert wird wie der religiös-begründete Extremismus.

Einige der befragten ExpertInnen argumentieren, dass rechtsextreme Radikalisierung zwar genauso bedeutsam ist wie islamistische, aber in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit Radikalisierung verstärkt mit islamistischen Gruppierungen und ihre Art der Weltanschauung verknüpft wird.

Die Befragten betonten die Notwendigkeit, Rechtsextremismus nicht nur im Fall von aufsehenerregenden Ereignissen, wie zum Beispiel bei schwerwiegenden rechtsextremistischen Gewalttaten medial zu thematisieren, sondern eine kontinuierliche Berichterstattung, auch beispielsweise über das Gefahrenpotenzial rechtsextremistischer Gruppierungen zu gewährleisten und diese nicht zu verharmlosen.

Rechtsextremismus ist kein ausschließliches Jugendproblem, besonders gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt mit fortschreitendem Alter zu (Zick, Küpper, Hövermann, 2011:1), trotzdem ist die Anzahl der fremdenfeindlichen und rassistischen Weltanschauungen zwischen 16-bis 21-Jährigen am Höchsten. (Zick, Küpper, Hövermann, 2011:2) In diesem Zusammenhang waren sich die Befragten einig, dass es einer kontinuierlichen Thematisierung und Sensibilisierung für das Thema bedarf, insbesondere sollte dies in der Schule geschehen und bei der Berichterstattung vermehrt darauf geachtet werden, dass diese gezielt, sowohl „in der Sprache der Jugendlichen“ (IP8) als auch für ältere Personengruppen gestaltet und kontinuierlich vermittelt wird.

Eine weitere Beobachtung der InterviewpartnerInnen ist ein verstärkter systemischer Rassismus in Österreich, insbesondere einer gegenüber Muslimen und Schwarzen Menschen. Dies argumentieren einzelne mit einer Art Normalisierung von Mikroaggressionen⁴ und einem vermehrten Abbau der sprachlichen Hemmschwellen, wenn über Flüchtlinge, Moslems oder andere Personengruppen gesprochen wird. Die vermehrte Kriminalisierung von Flüchtlingen und Schwarzen Menschen in Österreich wird auch beispielweise von Ottomeyer (2019) bestätigt.

⁴ Unter Mikroaggressionen werden kleine, alltägliche Übergriffe verstanden, die einzeln keinen Schaden verursachen, in ihrer Häufung jedoch rassistisch und diskriminierend sind und Gefühle von Ausgeschlossenheit hervorrufen. Oftmals führt der wiederholte Erklärungszwang, über Fragen, wie „Warum man zum Beispiel als schwarze Frau so gut Deutsch spreche? Oder „wo man herkomme?“ bei den Betroffenen zur Erschöpfung.

Vor allem ein Anstieg von Hasspostings und Beschimpfungen in den sozialen Medien, aber auch Hetze gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen in einschlägigen Boulevardzeitungen sind gemäß den Befragten zu vermerken.

RepräsentantInnen von Anlaufstellen für Betroffene berichten von einer Veränderung ihrer Anfragen: So waren die Zahlen der ErstanruferInnen noch vor fünf Jahren höher als jener, die ein weiteres Mal oder öfter anriefen. Das hat sich jetzt geändert: gegenwärtig gibt es mehr Anfragen für Folgetermine. Daraus kann geschlossen werden, dass die Zahl der professionellen Beziehungen höher geworden ist: Ein wesentlicher Indikator für gelungene Präventionsarbeit. Diese Entwicklung führen die AkteurInnen einerseits auf die vorhandenen Ressourcen und andererseits auf das bessere Verständnis der Prozesse zurück.

Gleichzeitig ist die Alarmbereitschaft gegenüber dem religiös-motiviertem Extremismus innerhalb der österreichischen Bevölkerung in diesem Zeitraum gesunken, was nach Einschätzung der Befragten auf das stärkere Auftreten religiöser, muslimischer Symbole im Alltagsbild zurückzuführen ist.

Parallel zu dieser Entwicklung vermerken einzelne der befragten Personen, die in entsprechenden Beratungsstellen tätig sind, dass die Anzahl der Anrufe von Jugendlichen bezüglich Rechtsextremismus auf etwa das Doppelte angestiegen ist, womit dieser etwa im gleichen Ausmaß thematisiert wird wie Islamismus. Erklärt wird dies von den konsultierten ExpertInnen mit einem Wachstum von rechtsnationalen Gruppierungen, aber auch mit der Präsenz von rechtspopulistischen Parteien der Europäischen Rechten oder der Identitären.

Wie bereits betont finden rechtsextreme Gruppierungen nach den Beobachtungen der Befragten einerseits weniger Aufmerksamkeit in den Medien als andere radikale Gruppierungen, andererseits „erschreckt [das] ja dann einen nicht so, auch wenn ich es furchtbar finde, wenn jemand etwas sagt [...] aber ich bin nicht so hilflos, ich weiß, was ich da sagen kann, wohin ich mich wenden kann“. (IP2).

Oft richtet sich die Aufmerksamkeit nur auf isolierte Symptome anstatt darauf, Ursachen und Umfeld zu hinterfragen. So meinte etwa einer der Befragten: „Es ist immer ein mehr an: „Auf WAS schaue ich?“ als „Was sind die Ursachen?“ Es macht keinen Sinn, ganz eng drauf zu schauen. Schaue ich ganz eng, verliere ich ganz viel Information und den Zugang zu den Personen.“ (IP2)

2.5 Genderaspekte in der Extremismusprävention und Deradikalisierung

Laut Meinung der befragten ExpertInnen, bekommt das Thema der Geschlechtergleichstellung im Bereich der Extremismusprävention und der Deradikalisierung zu wenig Aufmerksamkeit.

Dass extremistische Bewegungen auf eine naturgegebene Rollenzuweisung pochen, wird in der Literatur immer wieder thematisiert. So diskutiert beispielsweise Richard Stöss (2010) die Frage, warum sich Frauen trotz oder vielleicht gerade wegen eines vorherrschenden reaktionären, sexistischen Weiblichkeitsideals, das sich gegen demokratische Emanzipationsbestrebungen richtet, dem Rechtsextremismus zuwenden. In rechtsextremistischen Bewegungen wird von einer naturgegebenen Rollenzuweisung ausgegangen, die bewahrt und gestärkt werden muss. Stöss (2010) verweist auf eine Studie, die einen starken Zusammenhang zwischen rechtsextremistischer und sexistischer Einstellung belegt, wobei diese Korrelation bei Männern noch öfter anzufinden ist als bei Frauen. Die zunehmende Emanzipation der Frauen führt zur Verunsicherung einiger Männer in ihrer Wahrnehmung als Mann. Nachdem in rechtsextremistischen Bewegungen der starke Mann postuliert wird, ist der Anteil der Männer wesentlich höher als jener der Frauen.

Das deutsche Bundesministerium benannte beispielsweise den Frauenanteil an Gewalttaten mit entweder erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation im Jahr 1996 mit vier Prozent. Der Anteil von jenen Frauen, die als fremdenfeindliche Tatverdächtige galten, ist in den neunziger Jahren von fünf Prozent auf neun Prozent angewachsen. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahl bis heute gestiegen ist (Stöss 2010). Diese Form der Ideologie der Ungleichheit bezieht sich somit nicht nur auf Personen mit Migrationshintergrund, sondern auch auf Frauen. Das bedeutet, dass Diskriminierung nicht nur aufgrund der ethnischen Herkunft stattfindet, sondern auch im Zusammenhang mit dem Geschlecht steht. Aus diesem Grund kann der Rechtsextremismus nicht nur in Verbindung mit Rassismus gebracht werden, sondern ebenso mit Sexismus. Ähnlich wurde das auch in einigen Interviews mit den ExpertInnen beschrieben.

Im Vergleich zu rechtsextremen Bewegungen engagieren sich in der salafistischen Szene auch signifikant mehr Männer als Frauen, der Anteil der ersteren liegt bei etwa 75% (Stöss 2010).

Männer, die dem salafistischen Rollenmodell entsprechen, sind in der Öffentlichkeit mehr anzutreffen als jene, die sich der Gruppe zugehörig fühlen und dem Rollenbild widersprechen. Studien haben ergeben, dass Radikalisierung in salafistischen Bewegungen verstärkt im privaten sozialen Umfeld stattfindet. Das bedeutet für Frauen in der salafistischen Szene, die in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind, dass diese vermehrt durch den Einfluss des privaten Umfelds gehandelt haben. Dies bestätigen auch die Aussagen der befragten ExpertInnen.

Diese Ausführungen weisen darauf hin, dass Gleichberechtigung der Geschlechter etwas ist, das extremistische Bewegungen ablehnen, daher sollte die Präventionsarbeit genau an diesem Aspekt vermehrt ansetzen: durch das Bewusstmachen dieser Form von Diskriminierung können Jugendliche erkennen, welche Werte in extremistischen Gruppierungen vertreten werden und was das für zugehörige (junge) Frauen und Männer bedeutet. Es gilt Jugendlichen zu veranschaulichen, dass in extremistischen Gruppierungen die These vertreten wird, dass die männliche Dominanz angeboren ist und Frauen somit von Natur aus verpflichtet sind, Hausfrau und Mutter zu sein.

Auf der anderen Seite gibt es auch Buben, die von der Zwangsheirat betroffen sind und, besonders, wenn die Eltern merken, dass sie vielleicht homosexuell sind, besonders schnell verheiratet werden. Eine befragte Person hat in dem Gespräch darauf hingewiesen, dass in patriarchalen, traditionellen Gruppierungen (oder Gesellschaften) extremistische Gedanken, die genau auf die Rollenbilder „Starker Mann“ – „Richtige Frau“ als biologisch gegebene Rollen, sehr enge Sichtweisen haben und diese Rollenzuschreibungen oftmals unreflektiert übernommen werden.

Ohne Überlegungen zu den Rollenbildern können extremistische Gedanken viel besser greifen, weil in diesen Gesellschaftsformen ein striktes Schwarz-Weiß-Denken gilt. Das zeigt, wie auch Radvan und Lehnert (2013) betonen, dass das Geschlecht eine strukturierende Bedeutung zugeschrieben bekommt, die je nach Gesellschaftsform variieren kann.

Die entsprechende Reflexion von Rollenzuschreibungen und Dekonstruktion von entsprechenden Bildern mit dem Wissen, dass Geschlechterrollen nicht angeboren, sondern sozialisiert sind, und somit verändert werden können, sowie das Erkennen des Rechtes auf Geschlechtergleichstellung kann und muss in der Präventionsarbeit genutzt werden, um Jugendlichen herrschende Ungleichheiten aufzuzeigen und die Macht dieser Bilder, sowie deren Verwendung durch extremistische Gruppierungen vor Augen zu führen.

Peham (2019) betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit den kritischen Genderaspekt als sogenannte Übermaßnahme in allen politischen Bildungs- und Präventionsangeboten zu verankern. Geschlechtsspezifische Angebote, wie die einer reflektierten kritischen Männlichkeit beispielsweise, um bestimmte festgefahrene Geschlechtervorstellungen und daran geknüpfter Dynamiken aufzulösen, sollten Bestandteile von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen sein.

2.6 Politische und gesellschaftliche Verantwortung zur Eindämmung von Extremismus in Österreich

Die Frage nach Lösungsansätzen, die Jugendliche entweder abhalten, sich zu radikalisieren oder diese dabei unterstützen, aus einem laufenden Radikalisierungsprozess auszusteigen, beantworten die befragten ExpertInnen folgendermaßen: Von besonderer Relevanz für die Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit ist ein gesamtgesellschaftlicher Lösungsansatz zur Stärkung der Demokratiekultur und des Rechtsstaates, da Extremismus nicht nur einen kleinen Teil der Bevölkerung betrifft, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellt, das entsprechend ganzheitlich betrachtet und behandelt werden muss. Die Befragten betonen, dass Lösungsstrategien unterschiedliche Bezugspersonen der Zielgruppe involvieren können (einige internationale Beispiele werden in RAN Collection 2019 vorgestellt).

Ein Ansatz, der in den Interviews genannt wurde, ist dem Lehrpersonal in Schulen oder Ausbildungsplätzen einen Verantwortungsteil zu übergeben, so dass diese das Interesse an Extremismusprävention bzw. Deradikalisierung bei Jugendlichen wecken und selbst danach handeln können und wissen, wann jemand in Gefahr ist, radikalisiert zu werden. Als methodischer Ansatz diskutieren einzelne Befragte im Speziellen partizipative Prozesse, welche Jugendliche für die Thematik öffnen und wodurch sie sich aktiv in die Entwicklung von Lösungen einbringen können. Diese Herangehensweise und Aufgabenstellung brauchen aber nicht nur entsprechendes Fachwissen, sondern darüber hinaus auch einen sehr sensiblen Umgang mit potenziell gefährdeten oder betroffenen Jugendlichen. Es gilt zu hinterfragen, ob LehrerInnen alleine dieser Herausforderung gewachsen sind und/oder ob es nicht zumindest eine Kooperation mit passenden Einrichtungen dafür braucht.

Ein anderer Ansatz ist es, die Ursachen bei den Eltern zu suchen: Scheitern in ihrer Elternrolle, fehlende Präsenz oder auch autoritäres Agieren werden nicht selten als Begründungen hergezogen, um Radikalisierungstendenzen bei deren Kindern zu erklären. Aus der anderen Perspektive, jene der Jugendlichen, wird somit den Eltern die Verantwortung für das eigene Verhalten gegeben, wodurch Änderungsbemühungen durch die Jugendlichen aus Ihrer Sicht oft obsolet sind. Für die Präventionsarbeit besteht hier ein Ansetzungspunkt um Perspektiven gemeinsam mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erarbeiten und gleichzeitig Selbstverantwortung zu fördern.

Um Rassismus entgegenzuwirken, sollte, so die befragten AkteurInnen, jede und jeder Mehrsprachigkeit bewusst und aktiv von Andersartigkeit hin zu Mehrwert und Gewinn für die betroffene Person sowie für dessen Umfeld umdefinieren. Die Befragten unterstreichen diese Notwendigkeit, geben aber zu, dass diese Veränderung im Denken bei vielen Angst auslösen könnte, welche wiederum nicht heruntergespielt werden darf und in adäquaten Settings thematisiert werden soll. Des Weiteren, so die interviewten Fachleute, braucht es generell mehr gebündelte Information über Rassismus für Jugendliche, damit diese ein strukturelles Verständnis zu dieser Thematik entwickeln können. Junge Menschen müssen in ihrem Empowerment gefördert werden, damit sie beispielsweise wissen, wo sie sich bei Erfahrungen von Rassismus und rassistischen Übergriffen hinwenden können und wo bzw. wie sie erste juristische Schritte bei individuell erlebtem Rassismus (wie eine Anzeige erstatten) setzen können.

Laut Meinung der ExpertInnen sei eine Auseinandersetzung mit struktureller Benachteiligung und systemischem Rassismus erforderlich, da Rassismus und Diskriminierung nicht nur auf der individuellen Ebene stattfinden und von Einzelpersonen begangen werden, sondern diese Mechanismen strukturell verankert sind, wodurch rassistische und diskriminierende Strukturen gesellschaftlich reproduziert werden.

Deradikalisierung, so die Befragten, soll als ein Anfang für den Umgang mit Radikalisierungsentwicklungen bei Jugendlichen verstanden werden, und nicht als das Ende, der letzte Schritt in diesem Prozess. Etwas weiter gehen einzelne ExpertInnen, die der Meinung sind, dass Deradikalisierung sogar eine Weiterentwicklung der Demokratie darstellt. Dieser Prozess kann jedoch nur gelingen, wenn dies auf Freiwilligkeit beruht und die radikalisierte Person bereit ist, sich vom bisherigen politischen und sozialen Umfeld zu lösen. Auch sollte Deradikalisierung stets individuell, an der jeweiligen Situation der Jugendlichen bzw. des Jugendlichen ansetzen, um sogenannte „einheitliche“ Lösungsversuche nach dem Motto „one size fits all“ zu vermeiden. Das impliziert, dass sich ExpertInnen, die mit betroffenen Jugendlichen zu tun haben, auf ihr Gegenüber gut einlassen und dessen individuelle Lage im Gespräch berücksichtigen.

Deradikalisierung kann somit nur durch Beziehungsarbeit gelingen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Ideologie sollte erst nach erfolgreichem Beziehungsaufbau erfolgen.

Die Themen und Ursachen rund um Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus sind komplex, und nicht jede Form von Radikalisierung ist unbedingt negativ zu beurteilen. Ganz im Gegenteil: die Interviews haben aufgezeigt, dass es nichts Schlimmes sein muss, die eigenen Gedanken radikal zu vertreten, und manchmal,

wie bei Umweltbewegungen, sogar von vielen Menschen als sympathisch erlebt wird. Dies berücksichtigend, muss Extremismusprävention auf der primären, sekundären und tertiären Ebene ansetzen. Auf der Ebene der Sekundärprävention soll Jugendlichen beigebracht werden, dass sie beispielsweise Aussagen, die ihnen als gegeben verkauft werden, reflektieren und diese nicht einfach so übernehmen sollen. Weiters sollen ihnen von VertreterInnen entsprechender Einrichtungen Reflexionsangebote zur Verfügung gestellt werden, wodurch sie gefördert werden, aus dualistischen Denkansätzen wie schwarz-weiß, richtig-falsch, gut-böse auszusteigen und lernen, Dinge kritisch und reflektiert zu hinterfragen.

Dazu gehört es beispielsweise, Thesen und Antithesen gegenüberzustellen und zu überlegen, was hinter diesen Aussagen tatsächlich steht. Bildung, so die Befragten, spielt auch hier eine entscheidende Rolle um nicht auf einfache Botschaften blindlings hereinzufallen. Zugleich ist ein gewisses Bildungsniveau auch kein Garant dafür, dass sich Jugendliche nicht auf extremistische Gruppierungen einlassen, denn *„Intelligenz ermöglicht [...] auch, schnell zu einem Kader aufzusteigen. Das ist Macht. Das ist Geld. Das ist Prestige. Deswegen sind auch intelligente Menschen dabei.“* (IP3)

Diese Facetten zeigen auf, dass nur eine holistische Betrachtung und eine entsprechend umfangreiche Herangehensweise in der Prävention sowie Deradikalisierung für Kinder und Jugendliche Sinn macht. Es kann nur dann etwas erreicht werden, *„wenn wir einen langen Atem haben. Keine Ad Hoc Lösungen!“* (IP6)

Damit Radikalisierungen bei Kindern und Jugendlichen reduziert und entsprechende Präventionsarbeit gefördert werden kann, braucht es, so die Befragten, an mehreren Stellen Veränderungen bzw. Verbesserungen:

Zunächst muss das Bewusstsein geschärft werden, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt. Das bedeutet, es tragen nicht einzelne Personengruppen mehr Gefährdungspotenzial in sich, sondern jede Jugendliche und jedeR Jugendliche kann letztlich verleitet werden, sich zu radikalieren, wodurch die gesamte Gesellschaft aufgefordert ist, dem entgegenzuwirken.

Die befragten Personen, die mit AussteigerInnen zusammenarbeiten, betonen in den Interviews weiters, dass in Österreich keine ausreichenden Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramme für Jugendliche angeboten werden. Zur

Unterstützung für betroffene Jugendliche werden ihrer Ansicht nach mehr sichere Frauenhäuser und sichere Häuser für AussteigerInnen benötigt.

Darüber hinaus besteht ein Bedarf an einer adäquaten Koordinationsstelle für junge Menschen, die aus Kriegsgebieten kommen.

In den Interviews wurde ebenso mehrfach erwähnt, dass mehr Budget für die Wiedereingliederung von Haftentlassenen notwendig ist.

Um Hilfeleistungen für (potenzielle) radikalisierte Jugendliche in Österreich auch längerfristig gewährleisten zu können, müssen größere und kleinere NGOs, die diese Dienste anbieten bzw. offene Jugendarbeit leisten, ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten. Darunter verstehen die befragten AkteurInnen nicht einmalige, projektbezogene Förderungen oder Einjahresförderungen für diese Organisationen, sondern eine dauerhafte oder zumindest über einige Jahre laufende gesicherte Förderung.

Gesellschaftspolitisch fordern die befragten ExpertInnen mehr politische Bildung in den Schulen, bei der eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Polarisierung, Radikalisierung, Extremismus und Auswirkungen von Diskriminierung und Rassismus auf individueller und gesellschaftlicher Ebene stattfindet. Darüber hinaus braucht es, so die Befragten, mehr Beschäftigung mit der Thematik im öffentlichen Raum durch die Politik aber auch durch die Sozialarbeit. Weiters wird ein Ausbau von demokratiebildenden Maßnahmen wie Diskussionen, in denen unterschiedliche Meinungen geäußert werden dürfen und besprochen werden gefordert, wodurch Perspektivenwechsel, Handlungskompetenzen und Mitgestaltung für Jugendliche erfahrbar gemacht und gelebt werden kann, gefordert. Das bedeutet, dass (mehr) Möglichkeiten für junge Menschen geschaffen werden müssen, die sie zu Teilhabe und Mitgestaltung an demokratischen Prozessen befähigen, sie gleichzeitig zu mehr Verantwortungsübernahme nötigen und ihre Resilienz⁵ (vgl. Mayrhofer 2017) stärken.

Um den Austausch zwischen den Organisationen zu fördern, die mit gefährdeten bzw. betroffenen Jugendlichen arbeiten sowie Präventions- und Deradikalisierungsprogramme anbieten, fordern die befragten AkteurInnen ausreichende Finanzierung, entsprechende Stellen und Vernetzungsangebote für diese Organisationen.

⁵ Resilienz bedeutet die Fähigkeit, Krisensituationen erfolgreich bewältigen zu können

Die befragten ExpertInnen sehen neben der Notwendigkeit einer intersektionalen⁶ Herangehensweise, dass der Nationale Aktionsplan gegen Rassismus umgesetzt werden muss. Viele der Befragten befürworten die Umsetzung des BNED Strategiepapier zur Eindämmung von gewalttätigen Radikalisierungsprozessen, wünschen sich jedoch finanzielle Unterstützung, die für die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen notwendig ist. Neben mehr Schulungsmaßnahmen zu Extremismus für PolizeischülerInnen sowie für Personen im Lehr- und Sozialbereich, wurde darüber hinaus in den Interviews mehrfach die Notwendigkeit nach mehr Forschung mit renommierten WissenschaftlerInnen im Bereich der Extremismusprävention geäußert, wofür entsprechendes Geld seitens der Politik zur Verfügung stehen muss.

reflektierten kritischen Männlichkeit beispielsweise, um bestimmte festgefahrene Geschlechtervorstellungen und daran geknüpfter Dynamiken aufzulösen, sollten Bestandteile von Bildungs- und Präventionsmaßnahmen sein.

3. Schlussfolgerungen

Die vorgestellte Studie, „Prävention von gewaltbereitem Extremismus in Österreich“, zeigt auf, dass aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre Handlungsbedarf in der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit mit Jugendlichen besteht. Die wichtigsten Erkenntnisse aus den zehn qualitativen Interviews mit einschlägigen ExpertInnen können wie folgt zusammengefasst werden:

Auf der Suche nach der Ursache, warum sich Jugendliche radikalen Gruppierungen anschließen, muss davon ausgegangen werden, dass es nicht eine einzige Ursache gibt, die Jugendliche dazu verleitet, sich zu radikalisieren. Im Gegenteil, oft ist es das Zusammentreffen mehrerer oder gar vieler Schlüsselfaktoren wie Gewalterfahrungen, fehlende familiäre Verankerung, Mangel an Perspektiven, Erfahrungen von Rassismus oder Diskriminierung, der Wunsch nach Zugehörigkeit und Anschluss, das Auflehnen gegenüber der eigenen Familie oder auch das Gefühl ausgeschlossen zu sein, das jungen Menschen den Halt in extremistischen Bewegungen suchen lässt. Diese Umgebungen, die an diesen Bedürfnissen ansetzen und versuchen möglichst breite Bevölkerungsschichten anzusprechen, gehen mit

Jugendlichen dort in Kontakt, wo diese ihre Freizeit verbringen: je nach sozialem Umfeld können das ein Jugendclub, Sportanlagen, der Musikverein, der Park, das Internet oder andere Orte sein. Extremistische Gruppierungen stellen insbesondere Buben das hegemoniale Männerbild, das die dominante Position des Mannes unterstreicht, nicht nur als etwas sehr Positives, sondern von der Natur gegeben vor, und vermitteln somit gleichzeitig die Zuschreibung der sich unterzuordnenden Frau. Besonders in dem Alter von zwölf bis fünfzehn, jene Alsterspanne, in der Radikalisierungsprozesse erfahrungsgemäß beginnen, sind sich männliche Jugendliche noch nicht bewusst, dass die Bilder des „starken Mannes“, der nicht weinen darf und über die Frau bestimmt, nicht bei jeder (jungen) Frau die Attribute sind, die attraktiv wirken. So steht insbesondere der Rechtsextremismus nicht nur hinter Rassismus, sondern auch Sexismus. Extremistische Bewegungen machen es sich jedoch generell zum Vorteil, dass viele Ideologien, die sie verbreiten und vertreten, kritik- und reflexionslos von ihren bzw. potenziellen VerfechterInnen angenommen werden.

Diese und weitere Wahrnehmungen der Befragten, die im vorliegenden Bericht beschrieben und in einschlägiger Literatur zum großen Teil bestätigt sind, unterstreichen nicht nur den politischen, sondern den gesamtgesellschaftlichen Handlungsbedarf in Österreich.

Die vorliegende Studie beschreibt die Ergebnisse, die im Zuge des EU-Projekts „Rhizome against Polarisation“ mit Hilfe der vorhandenen Ressourcen erhoben werden konnten und erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr zeigt dieser Bericht relevante Ansatzpunkte für weiteren Forschungsbedarf auf.

⁶ Intersektionalität beschreibt das Aufeinandertreffen mehrerer Formen von struktureller Diskriminierung, wie zum Beispiel Rassismus, Sexismus und Diskriminierung aufgrund der Religion

Literatur

Atteslander, P. (2000). Methoden der empirischen Sozialforschung. 9. Neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Walter de Gruyter. Berlin, New York.

Backes, U. (2006). Politische Extreme. Eine Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart = Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 31). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Bechter, N., Falter, M., Klammer, C., Kuchler, K., Rajal, E., Schiedel, H., Weidinger, B. (2016). Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung. Herausgegeben von der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU). Wien

Böckler, N., & Zick, A. (2015). Wie gestalten sich Radikalisierungsprozesse im Vorfeld jihadistisch-terroristischer Gewalt? Perspektiven aus der Forschung. In: Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit: Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung (Ed); Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 99-121.

Bötticher, A., Mares, M. (2012). Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen. Oldenbourg Verlag, München

BNED (2018). Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung: https://bmi.gv.at/bmi_documents/2236.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.09.2020).

Brubaker, R. (2007). Ethnizität ohne Gruppen. Hamburger Edition, IHS, Hamburg.

Ceylan, R./Kiefer, M. (2013). Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention. Springer Verlag, Wiesbaden.

Dienstbühl, D., Weber, M. (2014). Rekrutierung im Cyberspace – wie Extremisten das Internet nutzen. In: Journal EXIT Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. 2/2014.

Ebster, C., Stalzer, L. (2013). Wissenschaftliches Arbeiten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. 4. Auflage. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien.

Fahim, A. A. (2013). Migrationshintergrund und biografische Belastungen als Analyse Kriterien von Radikalisierungsprozesse junger Muslime in Deutschland. In: Herding, M. (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte. Deutsches Jugendinstitut e. V.. Halle (Saale).

Hall, S. (2012). Die Frage der kulturellen Identität. In: Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Argument Classics, Hamburg.

Höfl, S. E. (2019). Antisemitismus unter ‚muslimischen Jugendlichen‘. Empirische Perspektiven auf Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und Religiösem im Denken und Wahrnehmen Jugendlicher. Springer Verlag, Wiesbaden.

Junk, J., Sold, M. (2018). Zum Verhältnis von Online- und Offline-Radikalisierung: Beobachtungen aus der Forschung zu salafistischem Dschihadismus. Enthalten in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Wochenschau Verlag. Frankfurt am Main.

Jesse, E., Mannewitz, T. (Hrsg.) (2018). Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Nomos Verlag, Baden-Baden.

Kelvington, M. R. (2019). Global Salafi-jihadism ideology: The “soft power” of the enemy. Herzliya. Israel: International Institute for Counter-Terrorism (ICT).

Khosrokhavar, F. (2005). Suicide Bombers: Allah's new martyrs. Pluto Press, London.

Kolnberger, T. (2012). Terrorismus und Staat. Ein facettenreiches Beziehungsgeflecht. In: Verein für Geschichte und Sozialkunde (VGS). Terrorismus und Staat. Schwerpunkt Naher und Mittlerer Osten. Historische Sozialkunde. Geschichte - Fachdidaktik - Politische Bildung 4/2012. S6 – 14.

Korteweg, R., Gohel, S., Heisbourg, F., Ranstorp & De Wijk, R. (2010). Background Contributing Factors to Terrorism: Radicalization and Recruitment. In: Ranstorp, M. (Ed.). Understanding Violent Radicalisation: Terrorist and Jihadist Movements in Europe. Routledge, New York, 21-4.

Lang, J. P. (2006). Was ist Extremismusforschung? Theoretische Grundlagen und Bestandsaufnahme. In: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Gefährdungen

der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Vandenhoeck + Ruprecht, Göttingen.

Marchi, R. (2013). Länderanalyse. Portugal. Melzer, R., Serafin, S. (Hrsg.) Rechtsextremismus in Europa. Länderanalyse, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin. FES Projekt gegen Rechtsextremismus, S139-164.

Mayrhofer, H. (2017). Wirkungsevaluation mobiler Jugendarbeit. Methodische Zugänge und empirische Ergebnisse. Barbara Budrich Verlag, Berlin.

Munoz, M. (2019). Selling the Long War. CTC Sentinel, <https://ctc.usma.edu/selling-long-war-islamic-state-propaganda-caliphate/> (zuletzt aufgerufen am: 01.09.2020)

Mayring, P. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Springer Verlag, Weinheim.

Melzer, R., Serafin, S. (2013) Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin

Nordbruch, G. (2016). Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen und gesellschaftlicher Marginalisierung in religiösen Radikalisierungsprozessen. In: Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Hrsg.): Pädagogischer Umgang mit Antimuslimischem Rassismus. Ein Beitrag zur Prävention der Radikalisierung von Jugendlichen. Baden-Württemberg.

Ottomeyer, K. (2014). Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten und Identität im Kapitalismus und Neoliberalismus. Lit Verlag, Berlin.

Ottomeyer, K. (2019). Identitäre und Identitäten. Über den Missbrauch des Identitätsbegriffs und die Kriminalisierung von Flüchtlingen und

Helfenden. Vortrag am 24.06.2019 https://www.kardinal-koenig-haus.at/service/veranstaltungsnachlese/2019?fbclid=IwAR1_W-Q_UZexzacn_Hms7xGJYjmf02W6PwVu1lupyX-LjdDO7vs3SvYmzos#a3311 (zuletzt abgerufen am 22.09.2020)

Peham, A. (2019) Rechtsextremismus als politische und pädagogische Herausforderung. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien.

Saltman, E. M. (2017). TED talk. https://www.ted.com/talks/erin_marie_saltman_how_young_people_join_violent_extremist_groups_and_how_to_stop_them?language=de (zuletzt aufgerufen am 20.09.2020).

Schwarz, K. (2020) Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus. Verlag Herder GmbH. Freiburg in Breisgau

Strafrechtsänderungsgesetz (2018). https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/ME/ME_00053/index.shtml#tab-Uebersicht (zuletzt aufgerufen am 20.09.2020).

Stöss, R. (2010). Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin. FES Projekt gegen Rechtsextremismus.

Pisoiu, D. (2015). Subcultural Theory Applied to Jihadi and Right-Wing Radicalization in Germany. Terrorism and Political Violence 27(1), 9-28.

RAN (2019) Ex-Post-Beiträge RAN POL und PAN C&N – Aktuelle und zukünftige Narrative und Strategien des rechtsextremen und islamistischen Extremismus Stockholm, Schweden https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-papers/docs/ran_pol-cn_most_often_used_narratives_stockholm_05042019_de.pdf (zuletzt aufgerufen am 01.08.2020)

Anhang I: Mapping

bOJA – Beratungsstelle Extremismus. Bundesweites Netzwerk. Offene Jugendarbeit

<https://www.beratungsstelleextremismus.at>

RAN Collection (2019). Prävention der zu Terrorismus und gewaltbareitem Extremismus führenden Radikalisierung. Konzepte und bewährte Praktiken: https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-best-practices/docs/ran_collection_approaches_and_practices_de.pdf (zuletzt aufgerufen am 20.09.2020).

Waldmann, P. (2005). Terrorismus: Provokation der Macht. Murmann Verlag, Hamburg (zuletzt aufgerufen am 20.09.2020).

Walther, E. (2014). Wie gefährlich ist die Gruppe? Eine sozialpsychologische Perspektive kriminalitätsbezogener Radikalisierung. Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 9, 393-40.

Wasserziehr, J. H. (2014, Juli 09). Nipster – Nazis kleiden sich wie Hipster. Tagesspiegel: <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/rechtsextremismus-nipster-nazis-kleiden-sich-wie-hipster/10665350.html> (zuletzt aufgerufen am 20.09.2020).

Zick, A., Küpper, B., Hövermann, A. (2011). Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin. FES Projekt gegen Rechtsextremismus.

ECKDATEN	1	ZIELE	4
Hauptfördergeber:	Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend Kommission)	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrsprachige Beratung und Unterstützung zum Thema Extremismus und Radikalisierung • Sensibilisierung durch Information, Reflexion und Dialog • Demokratieförderung • Prävention von Extremismen • Förderung der eigenen Handlungsfähigkeit in der Praxis • Vermittlung von praxisorientierten Interventionsmöglichkeiten 	
ZIELGRUPPE(N)	2		
	Alle Personen, die in ihrem Umfeld mit dem Thema Extremismus konfrontiert sind.		
BEREICHE	3		
	Beratung und Begleitung von Angehörigen und MultiplikatorInnen. Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit, Fort- und Weiterbildung, Beteiligung an Forschungsprojekten, regionale, bundesweite und internationale Vernetzung		

DERAD – Netzwerk Sozialer Zusammenhalt für Dialog, Extremismusprävention und Demokratie.

<https://www.derad.at>

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE 5

- Mehrsprachige Beratung und Unterstützung zum Thema Extremismus und Radikalisierung
 - Analyse von Situation und Hintergrund
 - Erarbeitung von Lösungsstrategien und Handlungsschritten
 - Vermittlung von Unterstützungsangeboten
 - Vernetzung von HelferInnen
- Beratung von Angehörigen, MultiplikatorInnen und Betroffenen (Ausstiegsbegleitung)
- Fachberatungen und längerfristige Begleitung von Einrichtungen und Organisationen
- Kostenfreie Helpline
- Information und Expertise
 - Website www.extremismus.at
- Workshops und Weiterbildungen zu Themen wie weltanschauliche/politische Extremismen, Diversität/Interkulturalität, Genderaspekte, Jugendkulturen

BEST-PRACTICE PROJEKT: 6

Fort- und Weiterbildungsprogramm der Beratungsstelle Extremismus

Das Präventionskonzept der Beratungsstelle Extremismus hat ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus-Begriff zum Ziel, Handlungsspielräume im Alltag zu erweitern und ein diskriminierungsfreies Miteinander zu fördern. Für psychosoziale Einrichtungen, Bildungseinrichtungen etc. werden maßgeschneiderte Angebote gesetzt. Die Fort- und Weiterbildungsangebote werden laufend um neue Themen erweitert. Ihren Ausgangspunkt nehmen sie in der konkreten Lebenswelt der AkteurInnen. Die Beratungsstelle arbeitet mit einem kritischen Diversitätskonzept, das sich am Analyseansatz der Intersektionalität orientiert.

Mehr Infos:

<https://www.beratungsstelleextremismus.at/fortbildungen/>

ECKDATEN 1	ZIELE 4
NGO / Gegründet in Dezember 2015 Mitglied bei RAN – Radicalisation Awareness Network (Europäische Kommission) Tätigkeitsbereich: Österreich und Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Die Änderung und Vermeidung von gefährdenden und gewaltbereiten Einstellungen und Praxen von radikalisierten Menschen • Erfolgreiche Präventionsarbeit um gewaltbereite Radikalisierung zu vermeiden (drei Stufen der Prävention und Multi-Agency-Ansatz) • wissenschaftliche Forschung und Wissenstransfer um Erfahrungen und Expertise verfügbar zu machen
ZIELGRUPPE(N) 2	
Jugendliche und junge Erwachsene, Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, JustizwachebeamtInnen, ExekutivbeamtInnen MultiplikatorInnen, Betroffene	
BEREICHE 3	
Schule, Universität, Sozialraum, Familie, Justizanstalten, Exekutive, wissenschaftliche Studien zu Extremismus und Deradikalisierung Betreuung nach der Haft	

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE 5

- Gefährdungseinschätzung, Interventionsgespräche und Beratungsarbeit im justiziellen Kontext
- Betreuung und Nachbetreuung von inhaftierten bzw. einschlägig verurteilten Personen
- Bildungsangebote, Schulungen und Seminare im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierung
- Studien für das BMEIA 2017 (Dschihadisten) und BMEIA 2018 (Radikalisierung von weiblichen Personen)
- Internationaler Austausch und Vernetzung (OSCE, UNODC, NRW, RAN)

BEST-PRACTICE PROJEKT: 6

Intensivpädagogische politische Bildung und Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen und kleinstädtischen Raum

Deradikalisierungsarbeit in Justizanstalten
<https://www.derad.at/>



DOKUSTELLE – Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus

<https://dokustelle.at>

ECKDATEN 1 ZIELE 4

NGO / Gegründet 2015

ZIELGRUPPE(N) 2

Personen, die Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus erfahren

BEREICHE 3

Podiumsdiskussionen, Konferenzen, Fachtagungen und Workshops für den Bildungssektor. Sozialraum, Zivilgesellschaft, Betroffene

- Die Dokumentation islamfeindlicher Ereignisse und geleisteter Zivilcourage
- Medienbeobachtung
- Bildungsarbeit
- Beratung und Vermittlung

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE 5

- Dokumentation und statistisches Erfassen von islamfeindlichen Vorfällen und rassistischen Übergriffen
- Seminare und Workshops zur Sensibilisierung und Abbau von Islamfeindlichkeit
- Beratungsstelle für Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus
- Hilfestellung bei Anzeigen und gerichtlichen Verfahren
- Information der Zivilgesellschaft
- Workshops

BEST-PRACTICE PROJEKT: 6

Dokumentation: Festhalten von Zahlen und Fakten und Dokumentation von Islamfeindlichkeit und von antimuslimischem Rassismus in Österreich
Beratung: Unterstützung und Information über Meldestellen
Workshops: Aufklärungs- und Empowermentarbeit in Form von Seminaren und Workshops

Nähere Informationen: <https://dokustelle.at>



DÖW – Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

<https://www.doew.at>

ECKDATEN 1	ZIELE
<p>Gegründet 1963 von ehemaligen WiderstandskämpferInnen, Verfolgten und WissenschaftlerInnen</p> <p>1983 Gründung der Stiftung DÖW – getragen von der Republik Österreich, der Stadt Wien und dem Verein DÖW</p>	<ul style="list-style-type: none"> „Erinnern – Erforschen – Erkennen“ Wissen zum Thema Nationalsozialismus weitergeben Historisch-politische Bildungsarbeit, Wissenschaftliche Forschung, wissenschaftliche Projekte, Dokumentation und Bildungsangebote zur:
ZIELGRUPPE(N) 2	<p>Geschichte der Verfolgung, vor allem der Jüdinnen und Juden, aber auch anderer Gruppen, Geschichte des Widerstandes</p> <p>Themenschwerpunkte: Holocaust, Roma und Sinti, Widerstand und Verfolgung, Nachkriegsjustiz, Entschädigung für NS-Opfer, Rechtsextremismus</p>
Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene	
BEREICHE 3	
<p>Wissenschaftliche Forschungstätigkeit, wissenschaftliche Studien und Dokumentation, Vermittlung und Bildungsangebote: Schule, Universität, Sozialraum, Familie, Politik, Öffentlichkeit</p>	

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE 5
<ul style="list-style-type: none"> Wissenschaftliche Projekte und Publikation Datenbankprojekte zur namentlichen Erfassung von NS- Opfern und Biographiearbeit Recherche (Archiv, Bibliothek, Fotoarchiv) und Media Watchlist Ausstellungen und Wanderausstellungen Vermittlungsprogramme für unterschiedliche Altersgruppen und im Bereich der Erwachsenenbildung Bildungsangebote, Schulungen und Workshops im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierung
BEST-PRACTICE PROJEKT: 6
<p>Wissenschaftliche Forschung und Publikation</p> <p>Dokumentation und Vermittlung von Wissen</p> <p>Ausstellungen</p> <p>Media Watch List</p> <p>Weiterbildungs- und Vermittlungsangebote im Bereich Rechtsextremismus, Extremismusprävention, Deradikalisierung, Anti-Rassismus, Antisemitismus</p> <p>Nähere Informationen: https://www.doew.at/erkennen</p>

HEROES – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre. Für Gleichberechtigung in der Steiermark.

<https://vmg-steiermark.at/de/heroes/projekt>

ECKDATEN	1	ZIELE
In Schweden entwickelt, seit 2007 auch in DE erfolgreich umgesetzt. In Österreich gibt es Heroes in Salzburg und in der Steiermark seit 2007		<ul style="list-style-type: none"> Gleichberechtigtes Zusammenleben von Frauen und Männern Partnerschaftliches und gewaltfreies Geschlechter- und Generationenverhältnis auf Basis der Menschenrechte
ZIELGRUPPE(N)	2	
Junge Männer aus sogenannten Ehrenkulturen Junge Frauen		
BEREICHE	3	
Jugendarbeit		

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE

5

- Einjährige Trainingsphasen für junge Männer mit wöchentlichen Trainings, um sich intensiv mit Themen wie Ehre, Identität, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Geschlechterrollen und Menschenrechten auseinanderzusetzen
- Kritisches Reflektieren von Traditionen und Suche nach neuen Ansätzen und Lösungsmöglichkeiten in
- Heroes-Zertifikat nach einer fast einjährigen Trainingsphase
- Bildungsangebote, Schulungen und Seminare im Bereich der Extremismusprävention
- Männliche Jugendliche arbeiten mit Gleichaltrigen in Peergroups an Themen wie Gleichberechtigung, Gewalt, Abbau von Stereotypen und Frauenrechten und treten somit gegen die Unterdrückung der Frau im Namen der „Ehre“ ein

BEST-PRACTICE PROJEKT:

6

Die Besonderheit des Projekts liegt darin, dass männliche Jugendliche selbst mit Peergroups unterschiedliche Themenstellungen erarbeiten und beispielhaft einen „Imagewechsel“ vorleben bzw. sich in voller Authentizität und Überzeugung für gemeinsame Werte des Zusammenlebens einsetzen und so einen Multiplikationseffekt bewirken. Ziel ist es Vorurteile abzubauen, Alternativen und Vorbilder aufzuzeigen sowie Reflexionen anzustoßen.

Die wesentliche Idee liegt darin, dass Projekt nur mit jungen Männern durchgeführt wird, aber vor allem junge Mädchen und Frauen davon profitieren. Außerdem werden in dieser Weise breitere Freundeskreise, Schulklassen, Jugendgruppen und Familiensysteme angeregt, gemeinsam ihre eigenen Werte zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.

Nähere Informationen: <https://vmg-steiermark.at/de/heroes/projekt>

Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien – Ein Service der Stadt Wien Demokratie.

<https://kja.at/site>

ECKDATEN	1	ZIELE	4
Ombudsstelle der Stadt Wien, das sich parteilich für die Interessen von Kinder und Jugendlichen einsetzt		<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeits- und Lobbyingarbeit für Kinderrechte • Einhaltung und Verbesserung von Kinder- und Jugendrechten • Sensibilisierung des Ausmaßes für sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen • Prävention von sexuellen Übergriffen • Hilfestellung im fall von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen • Prävention von Radikalisierung und Extremismus 	
ZIELGRUPPE(N)	2		
Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene, wenn es sich um die Interessen oder Probleme von Kindern und Jugendlichen handelt.			
BEREICHE	3		
Kindergarten, Schule, Familie, Ausbildungsplatz, Öffentlichkeit, Politik, Sozialraum, Vernetzung mit relevanten Organisationen, Vereinen und Einrichtungen der Stadt Wien			

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE

5

- Vertretung der Interessen von Kinder- und Jugendrechten
- Beratung und Information über Kinder- und Jugendrechte
- Forderung der Einhaltung der Kinderrechte
- Entwicklung von Sensibilisierungs- und Informationsmaterial
- Workshops an Schulen und jugendrelevanten Magistraten der Stadt Wien zu den Themen: Prävention von Radikalismus und Extremismus, „Bullying“ und Mobbing
- Workshops und Schulungen in gezielten Projekten, beispielweise die Schulungen von Schwimmbad-Personal zur Prävention von sexuellen Übergriffen

BEST-PRACTICE PROJEKT:

6

Radikalisierung und Extremismus: [Netzwerk Demokratiekultur und Prävention](#): erfolgreiche kommunale Strategie gegen Extremismus und Abwertungsideologien unter Verwendung bereits vorhandener Einrichtungen und Strukturen

Mobbing bei Kindern und Jugendlichen: Entwicklung einer [Informations-Broschüre zur Prävention von Mobbing](#).

Prävention von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Nähere Informationen: <https://kja.at/site/praevention/>

NEUSTART – Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit

<https://www.neustart.at>

ECKDATEN 1	ZIELE 4
<p>NGO/NPO gegründet 1957, weitreichende Organisationsreform und Neustrukturierung 2002</p> <p>Einer der größten Non-Profit-Organisationen der Sozialwirtschaft Österreichs</p> <p>Tätigkeitsbereich: gesamtes Bundesgebiet</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Änderung und Vermeidung von gefährdenden und gewaltbereiten Einstellungen und Praxen von radikalisierten Menschen • Erfolgreiche Präventionsarbeit um gewaltbereite Radikalisierung zu vermeiden (drei Stufen der Prävention und Multi-Agency-Ansatz) • wissenschaftliche Forschung und Wissenstransfer um Erfahrungen und Expertise verfügbar zu machen
ZIELGRUPPE(N) 2	
<p>Jugendliche und junge Erwachsene, Angehörige von Betroffefnen, Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, JustizwachebeamtenInnen, MultiplikatorInnen</p>	
BEREICHE 3	
<p>Justiznahe Sozialarbeit, Bewährungshilfe, Haftentlassenenhilfe, Opferhilfe und Prävention, Schulsozialarbeit, Suchtprävention</p>	

PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE 5

- Online-Beratung
- Beratung, Schulungen, Krisenintervention, Informationsveranstaltungen und Schulsozialarbeit
- Drogenberatung zur Suchtprävention
- Prozessbegleitung und Information über Geltendmachung von Rechtsansprüchen
- Tatausgleich
- Bewährungshilfe, Unterstützung bei der Reintegration in die Gesellschaft, Unterstützung bei der Wohnungs- und Jobsuche und bei finanziellen Krisen, psychischer und sozialer Rückhalt, Vermeidung von Rückfällen durch Bearbeitung der Tathintergründe
- Vermittlung gemeinnütziger Leistungen als Diversionsmaßnahme
- Hilfe nach Erfahrungen mit Gewalt

BEST-PRACTICE PROJEKT: 6

Schulsozialarbeit // Prävention: Beratung, Krisenintervention und maßgeschneiderte Programme für Schulen zur Vorbeugung von Extremismus
Tatausgleich: 30 Jahre Erfahrung mit ca. 168.000 Tatausgleichsfällen.

(Die Rückfallquote beim Tatausgleich liegt laut der jüngsten Studie zur Legalbewährung nach einem positiv abgeschlossenen Tatausgleich bei 13 Prozent. Das heißt, dass 87 Prozent nach einem Tatausgleich nicht mehr rückfällig werden.)

Gemeinnützige Arbeit: Gemeinnützige Leistung als Diversionsmaßnahme
Prozessbegleitung
Tatausgleich
Workshops zur Prävention und Deradikalisierung

Nähere Informationen:
https://www.neustart.at/at/de/unsere_angebote/index2.php

TURN – Verein für Gewalt und Extremismusprävention

<https://www.turnprevention.com>

ECKDATEN	1	ZIELE	4
NGO / Gegründet 2017		<ul style="list-style-type: none"> Content based Online-Streetwork auf der Basis von alternativen Erzählungen zu Ideologien der Ungleichwertigkeit Produktion von Online-Formaten, um die Propaganda von völkisch-nationalistischen, jihadistisch-islamistischen und patriarchalen Strukturen in Frage zu stellen Online-Distributionen von alternativen Narrativen Niederschwellige sozialarbeiterische Betreuungsangebote im öffentlichen Raum 	
ZIELGRUPPE(N)	2		
Jugendliche und junge Erwachsene, Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, MultiplikatorInnen, Betroffene			
BEREICHE	3		
Offene Jugendarbeit, Bildungssektor, Sozialraum, Familie, Wissenschaftssektor			
PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE	5		
<ul style="list-style-type: none"> Politische Bildung für Jugendliche und Erwachsene Anti-Gewalt Trainings Workshops und Vorträge zu den Themen Burschenarbeit, Extremismus- und Radikalisierungsprävention Einzelfallarbeit in den Bereichen Delinquenz, Jihadismus und Rechtsextremismus Digitale Jugendarbeit, Online Streetwork und Social Media Interventions Wissenschaftliche Publikationen 			
BEST-PRACTICE PROJEKT:	6		
DIGITAL STREETS – Online Streetwork, Social Media Interventions und Digitale Jugendarbeit am Beispiel des Projekts „Jamal al-Khatib – Mein Weg!“ (Vortrag/Workshop)			
Siehe: https://www.turnprevention.com/angebote			

ZARA – Zivilcourage und Antirassismus-Arbeit

<https://www.zara.or.at>

ECKDATEN	1	ZIELE
NGO / gegründet 1999 mit dem Ziel, Zivilcourage und eine rassismusfreie Gesellschaft in Österreich zu fördern		<ul style="list-style-type: none"> ZARAs Arbeit beruht auf drei Säulen: Beratung, Prävention und Sensibilisierung der Öffentlichkeit Das Ziel ist es, als intersektorale Gruppe, mit unterschiedlichen Blickwinkeln und Expertisen dazu beizutragen, eine Gesellschaft zu gestalten, die Ausgrenzung kritisch hinterfragt und rassistischer Diskriminierung und Hass im Netz entgegentritt Jährliche Herausgabe des Rassismus Reports als Informationsquelle und einziger qualitativen Datenquelle zu allen Formen von Rassismus in Österreich
ZIELGRUPPE(N)	2	
Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Lehrkräfte, SozialpädagogInnen, MultiplikatorInnen, Betroffene		
BEREICHE	3	
Schule, Universität, Sozialraum, Familie, Unternehmen, Erwachsenengruppen, Politik, Öffentlichkeit		
PROGRAMME und AKTIVITÄTEN/ANGEBOTE	5	
<ul style="list-style-type: none"> Dokumentation detailliert dargestellter und anonymisierter Einzelberichte über rassistische Übergriffe und Vorkommnisse Beratung bei Rassismus und Hass im Netz Unterstützung bei rassistischer Diskriminierung Trainingsangebote, Workshops und Vorträge für Schulklassen, für Erwachsenengruppen und für Unternehmen Förderung von digitaler Zivilcourage und Vermeidung von Hass in Netz 		
BEST-PRACTICE PROJEKT:	6	
Beratung bei Rassismus und/oder Hass im Netz Anti-Rassismus-Trainings online und offline : Jahrelang erprobte Trainingskonzepte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gegen Rassismus, gegen Hass im Netz, zum Thema Zivilcourage und Counter Narratives		
Nähere Informationen: https://zara.or.at/de/training		

Anhang II: Interviewleitfaden

1. Welche wichtigen Präventionsmaßnahmen wurden Ihrer Meinung nach seit der Herausgabe des BNED-Strategiepapers bereits umgesetzt? Welche nicht?
2. Welche Präventionsmaßnahmen aus dem Strategiepaper müssen Ihrer Meinung als nächstes dringend umgesetzt werden? Was braucht es dafür?
3. Haben Sie Verbesserungsvorschläge, wie die Zusammenarbeit von Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und NGOs, der Wissenschaft, dem Praxis-Bereich, den Betroffenen und gefährdeten Gruppen in Bezug auf die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen verbessert werden kann?
4. Was sind Ihrer Erfahrung / Expertise / Meinung nach die Schlüsselemente, warum sich Jugendliche extremistischen Ideologien und Bewegungen anschließen?
5. Wie verankern Sie alternative Gegenerzählungen (Counter Narratives) als Präventionsmaßnahme in Ihrer Arbeit mit Jugendlichen? Wie kann diesen Gegenerzählungen noch mehr Wert eingebracht werden?
6. Welche nationalen Vorkommnisse / Vorfälle extremistischer Bewegungen waren Ihrer Beobachtung nach in den letzten 2-3 Jahren von Bedeutung und warum?
7. Wie und in welchen Bereichen haben sich Ihrer Meinung nach extremistische Szenen in Österreich in den letzten beiden Jahren verändert?
8. Wie werden Ihrer Ansicht nach in Österreich Rekrutierungsbemühungen / Indoktrination aller gewaltbereiter extremistischer Bewegungen überwacht und wie wird dagegen vorgegangen?
9. Wo werden Jugendliche am häufigsten Opfer von Indoktrinationsversuchen? Wo noch? Gibt es diesbezüglich Unterschiede zwischen den unterschiedlichen extremistischen Bewegungen?
10. Was würde Ihrer Meinung nach dazu beitragen, Indoktrination von Jugendlichen zu verhindern?
11. (Was können Sie über die Indoktrination in den österreichischen Jugendgefängnissen berichten?) Nicht für alle InterviewpartnerInnen
12. Wie sollte/könnte man Ihrer Meinung nach den sozialen Zusammenhalt der Zivilgesellschaft stärken, um gewaltbereiten Extremismus zu verhindern? Haben Sie konkrete Beispiele/Ideen?
13. Was braucht es für eine entsprechende Bewusstseinsbildung?
14. Wie würden Sie Jugendliche als Akteure und Akteurinnen des Wandels stärker in demokratische Gestaltungsprozesse einbeziehen? Was brauchen die Jugendlichen dafür?
15. Welche Art von Schutz erhalten Ihrer Beobachtung nach Opfer extremistischer Übergriffe und wo müssten Schutzmaßnahmen noch ausgebaut werden?
16. Wie stehen Sie zu den Gesetzen zur nationalen Terrorismusbekämpfung aus der Menschenrechtsperspektive?// Wie können die Menschenrechte in den Gesetzen zur Terrorismusbekämpfung gewährleistet werden? (Kritik an Anti-Terrorismuspolitik 2018: <https://www.noen.at/niederosterreich/politik/politik-empowerung-ueber-neues-anti-terror-gesetz-extremismus-gericht-nationalrat-terrorismus-oesterreich-96690493>)
17. Was könnte Ihrer Meinung nach de-radikalisierten Jugendlichen den Wiedereinstieg in ein vorurteilsfreies Leben ermöglichen? Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach dafür (ggf. „von Politik“) notwendig?
18. Welche weiteren Forderungen haben Sie an die lokale und nationale Politik sowie an die Koordinator*innen der Europäischen Terrorismusbekämpfung?